



Schwarzbuch 2023/2024 – Fälle aus Nordrhein-Westfalen

Zuversicht trotz Pannen: Projektplaner sehen „Licht am Ende des Tunnels“ (Nachlese, S. 168)

Nach der jüngsten Kostensteigerung liegt die Sanierung der Beethovenhalle in Bonn jetzt im Plan. Der Projektbericht vom Mai 2023 verströmt Zuversicht.

Bonn. Nachdem das Schwarzbuch 2022/23 meldete, dass die beiden wichtigsten Planungsbüros bei der Sanierung der Beethovenhalle aufgegeben hatten und die Stadt Bonn die Berliner Häuser Baumanagement GmbH mit der Weiterführung der Sanierung beauftragte, konnte Anfang November 2022 die Oberbürgermeisterin einen „Neustart“ verkünden. Aber wie sieht dieser denn aus? Das Ergebnis der Gespräche zwischen Stadt und der Berliner Häuser Baumanagement GmbH ist eine um 8 Monate verlängerte Bauzeit. Mit dieser Verlängerung und dem monatelangen Stillstand geht eine Kostensteigerung einher. „Unter Berücksichtigung der aktuellen allgemeinen Baupreissteigerungen sowie einer Bewertung aller identifizierter Risiken hat das Projektteam die Kostenprognose des Projekts auf insgesamt 221,6 Millionen Euro aktualisiert“, heißt es in einer Pressemitteilung aus dem November 2022 der Stadt Bonn. Dies bedeutet eine Steigerung der Projektkosten um weitere 26,9 Mio. Euro im Vergleich zur Prognose im April 2022. Das Ende der Bauzeit ist nun fest terminiert: Architekt und Technikplaner haben die Fertigstellung der Bauarbeiten für Ende 2024 und eine Eröffnung der Halle für das Jahresende 2025 vertraglich zugesichert. Der Projektbericht vom Mai 2023 fasst zusammen, dass die Kosten und die Vergaben im Plan lägen, und schwört alle Beteiligten auf ein hartes Jahr ein, weil einzelne Firmen schwer zu mobilisieren seien und Nachtragsverhandlungen sich schwierig gestalten würden. Dennoch gibt sich die Projektleitung sowohl unterm Strich als auch bei Details zuversichtlich und sieht „Licht am Ende des Tunnels“.

DER BUND DER STEUERZAHLER MEINT

Die Steuerzahler werden froh sein, wenn bei dieser „Unvollendeten“ endlich ein Schlussakkord erklingt.

Bonn spart bei Klausurtagung (Erfolge, S. 180)

Geht doch! Nach Kritik des Bundes der Steuerzahler NRW kostete eine Bonner Tagung in diesem Jahr viel weniger.

Bonn. Im vergangenen Jahr übernachteten 65 Führungskräfte der Stadt Bonn bei einer Klausurtagung in einem 4-Sterne-Golf- und Tagungshotel in Rheinland-Pfalz. Das zog das Unverständnis vieler Bonner Bürger auf sich. Auch der Bund der Steuerzahler NRW kritisierte die Klausurtagung, die nach Angaben der Stadt 53.000 Euro gekostet hatte. Mit Erfolg, denn in diesem Jahr tagte die Stadt zwei Tage lang in Bonn selbst: für nur 18.000 Euro. Eine Klausurtagung in einem Hotel mit 18-Loch-Golfbahn und einem 2.500 qm großen Wellnessbereich – das klingt nicht sehr nach klösterlicher Abgeschiedenheit. Deshalb empörten sich Bürgerinnen und Bürger über die Klausurtagung von Vertretern ihrer Stadt im vergangenen Jahr, sind doch die Zeiten sowohl für den Bonner Haushalt als auch für die Bürger finanziell nicht rosig. Der Bund der Steuerzahler NRW warf in seiner Berichterstattung und in Interviews daher die Frage auf, ob nicht auch Tagungsräume in der Stadt Bonn oder der Region als Arbeitsumgebung ausreichend gewesen wären. Auch wenn externe Klausurtagungen in Politik und Verwaltung ihre Berechtigung haben, sollte man doch in jedem Einzelfall prüfen, ob nicht auch ein bescheidenerer Rahmen vor Ort zu guten Ergebnissen führen könnte. Diese Prüfung hat in Bonn offenbar stattgefunden: In diesem Jahr blieben die Führungskräfte daheim und tagten – passend zum Thema „Soziale Gerechtigkeit“ – in den Räumen der Welthungerhilfe. Laut einer Pressemitteilung der Stadt betragen die Gesamtkosten für diese zweitägige Veranstaltung rund 18.000 Euro. Wie im vergangenen Jahr seien alle Dezernatsleitungen, Amtsleitungen und Geschäftsführungen der Tochtergesellschaften eingeladen gewesen und es hätten ähnlich viele Personen teilgenommen, so die Stadt Bonn. Nun aber deutlich preisgünstiger.

DER BUND DER STEUERZAHLER MEINT

Die kritischen Fragen des Bundes der Steuerzahler NRW fanden bei der Stadt offensichtlich Gehör. Erfreulich, dass Bonn nun mit viel weniger Geld als im vergangenen Jahr diese Tagung abgehalten hat.

Ein Phantom-Pendlerparkplatz in Borken (Brücken, Straßen & Verkehr, S. 52)

Der neue Pendlerparkplatz in Borken wird kaum genutzt. Die Pandemie sei schuld. Nach einem Jahr des Leerstands will die Stadt den Parkplatz stärker beleben. Viel zu spät – und der Erfolg bleibt offen. **Borken.** Er sollte eine Lösung für die Parkplatznot in der Innenstadt sein: ein neuer Pendlerparkplatz außerhalb. Als Sahnehäubchen „erklärte sich ein Unternehmen bereit, die Anbindung des Parkplatzes über einen privatfinanzierten und öffentlich nutzbaren Shuttle-Bus-Verkehr an die Innenstadt zu optimieren“, so die Bürgermeisterin. Im Sommer 2020 gab der Rat der Stadt grünes Licht für die Planungen, im April 2021 begannen die Bauarbeiten, und im Februar 2022 wurde der Parkplatz offiziell eröffnet. Gekostet hat er, zusammen mit einer erforderlichen Linksabbiegespur, rund 1,43 Mio. Euro. Davon hat circa 800.000 Euro die Stadt bezahlt, den Rest das Land Nordrhein-Westfalen. Der Parkplatz wird bei Bedarf vom Bauhof der Stadt gepflegt. Die Kosten dafür wurden nicht beziffert. Für die Beleuchtung in den Abendstunden rechnet die Stadt übrigens mit jährlichen Gesamtkosten im unteren vierstelligen Bereich. 204 Pkw-Stellplätze, davon 6 für Menschen mit Behinderung, und 8 Kraftradstellplätze wurden gebaut. Für 2 Elektrofahrzeuge haben die Stadtwerke Borken Ladesäulen aufgestellt, die auf 9 Ladeplätze erweiterbar sind. In einer überdachten, abschließbaren Abstellanlage finden 50 Fahrräder Platz, Radler können in Schließfächern z. B. die Akkus ihrer E-Fahrräder deponieren. Alles also prima? Nein, denn bisher wird der Parkplatz kaum genutzt. „Aktuell stellen regelmäßig um die zehn Pendlerinnen und Pendler ihr Fahrzeug und vereinzelt Radfahrende ihr Fahrrad auf dem Parkplatz ab“, heißt es in einem Antwortschreiben der Bürgermeisterin auf BdSt-Anfrage. Einen Grund für die geringe Nutzung sieht die Stadt in der Coronapandemie, denn in dieser Zeit kam verstärkt mobiles Arbeiten und Homeoffice auf. Dadurch hätten sich der Parkplatzmangel in der Innenstadt und der Parkplatzbedarf für Pendler-Fahrgemeinschaften reduziert. Zudem hätten Läden schließen müssen. Auch sei wegen der Pandemie der nach dem Bauende geplante öffentliche und kostenlose Shuttlebus-Verkehr nicht sofort eingerichtet worden, und daher würden viele Pendler weiter in der Innenstadt nach Parkplätzen in der Nähe ihrer Arbeitsplätze suchen. Die Bürgermeisterin blieb ein Jahr nach der Eröffnung aber optimistisch: Anfang 2023 wurde der Shuttle zumindest an drei Wochentagen eingerichtet und sollte weiter ausgedehnt werden. Leerstände in der Stadt, so hieß es, würden wieder gewerblich genutzt werden und immer mehr Erwerbstätige an ihre Arbeitsplätze zurückkehren. So würde die Parkplatznot wiederkommen. Außerdem habe die Stadt „das Gespräch zu den in der Innenstadt ansässigen Unternehmen gesucht“ und sie gebeten, auf ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer „einzuwirken, den Pendlerparkplatz zu nutzen“. Weiterhin „bestehen verwaltungsinterne Überlegungen für eine Ausdehnung des Shuttle-Bus-Angebots. Des Weiteren steht die Stadt Borken im Dialog mit den Unternehmen, wie der Pendlerparkplatz öffentlich noch bekannter gemacht (...) werden könnte. Eine weitere Idee ist es, die Anbindung des Parkplatzes zum Borkener Schulviertel zu verbessern“, so die Bürgermeisterin. Bis heute jedoch sucht man auf der Website der Stadt vergeblich nach dem Pendlerparkplatz. Und der Shuttle-Bus wurde im April mangels Fahrgästen eingestellt.

DER BUND DER STEUERZAHLER MEINT

Als der Bau des Parkplatzes beschlossen wurde, war die Pandemie bereits in vollem Gange. Ihre Folgen waren also schon absehbar und der Rat hätte eine Abnahme der Parkplatznot abschätzen können. Die Stadt hätte deshalb schneller reagieren müssen, statt auf das „Prinzip Hoffnung“ zu setzen. Je länger der Parkplatz auf Autos wartet, desto mehr verpufft das Geld im Auspuff.

Schöner Knipsen mit Steuergeld (Teure Öffentlichkeitsarbeit und Imagepflege, S. 39)

Selfies liegen im Trend. Manche Städte haben diesen Trend aufgegriffen und geben dafür viel Geld aus, während es in anderen Städten günstiger geht.

Duisburg/Bochum. Selfies sind die „Postkarten von heute“. Weil mit ihnen über die sozialen Medien auch auf eine Stadt aufmerksam gemacht werden kann, haben verschiedene Städte sogenannte Selfiepoints – Bodenaufkleber, Holz- oder Stahlrahmen oder Schriftskulpturen – eingerichtet. Sie sollen dazu einladen, sich an attraktiven Standorten in Szene zu setzen und die Stadt damit noch bekannter zu machen. So gibt es in Duisburg seit 2021 die Schriftskulptur „#Duisburgistecht“. Vor allem bei jungen Leuten komme sie gut an, so die Stadt. Mehr als 100.000 Euro hat die Stadt für den Schriftzug ausgegeben, hinzu kommen 11.280 Euro für eine mobile Powerstation zur netzunabhängigen Beleuchtung. Für Reinigung, Reparaturen etc. gibt die Stadt jährlich circa 3.000 Euro aus. Mehr noch: Zwei- bis viermal pro Jahr wechselt die Schriftskulptur ihren Standort. Das kostet jeweils rund 3.500 Euro. Viel Geld für eine überschuldete Stadt. Weiter geht es nach Bochum: Die Stadt hat für 100.000 Euro einen Selfiepoint vor dem Rathaus errichten lassen. Auch dort ist die Haushaltslage angespannt,

wenn auch mit positivem Trend. Der Schriftzug „Bochum“ hat das Ziel, eine wiedererkennbare Landmarke zu werden, so die Stadt. In den sozialen Netzwerken sei der Selfiepoint ein gerne genutztes Motiv. Nun wird auch im Bochumer Stadtteil Wattenscheid darüber diskutiert, ob nicht auch diesem Stadtteil ein eigener Selfiepoint gut zu Gesicht stünde. Eine Anfrage der Bezirksvertretung Wattenscheid dazu ist anhängig. Dass es auch anders geht, zeigen andere Städte: Auch in Bonn gibt es den Stadtnamen als Selfiepoint in Form eines plastischen Schriftzugs. Doch dieser wurde nicht von der Stadt Bonn in Auftrag gegeben, sondern von city-marketing bonn e.V., und ist auch in dessen Eigentum. Der Verein, dem vornehmlich Unternehmen aus Handel und Gastronomie angehören, erhielt von der Stadt Bonn für den Selfiepoint einen Zuschuss von 28.000 Euro. City-marketing bonn e.V. kommt außerdem für sämtliche Folgekosten auf, wenn die Schriftskulptur zwei- bis viermal im Jahr den Standort wechselt. In Köln wird die Schriftskulptur „Alaaf“ nach Auskunft der Stadt komplett vom Festkomitee Kölner Karneval getragen. Deutlich günstiger hat auch die Stadt Nettetal den Trend zum Selfie aufgegriffen. In allen sechs Stadtteilen gibt es seit Oktober 2021 einen Selfiepoint in Form von Stahl-Bilderrahmen. Finanziert wurden die „Grüße aus Nettetal“ mit Fördergeld. Die gesamten förderfähigen Ausgaben lagen bei 10.765,80 Euro, der Eigenanteil der Stadt bei 2.153,16 Euro. Auch Moers hat einen Grundsatzbeschluss für die Errichtung von Selfiepoints getroffen, Einzelheiten zu Art und Ort sind noch nicht entschieden. Grundsätzlich sollen aber möglichst keine bzw. geringe Kosten entstehen.

DER BUND DER STEUERZAHLER KRITISIERT

Trends sind kurzlebig. Ob Selfiepoints daher für den Erfolg des Stadtmarketings nachhaltig sind, bleibt abzuwarten. Ein Alleinstellungsmerkmal sind die Selfiepoints ohnehin nicht mehr. Amsterdam, Ascona und Nizza haben Selfiepoints – und nun auch Bochum und Duisburg, die eigentlich sparen sollten.

Aquazoo erneut ein Sanierungsfall (Nachlese, S. 163)

Bereits 2016 und 2017 war der Düsseldorfer Aquazoo im Schwarzbuch vertreten. Mehrfach hatte der Bund der Steuerzahler NRW Baukostensteigerungen und Bauzeitüberziehungen kritisiert, die sich aus dem Umbau und der Sanierung des Aquazoo ergeben hatten. Jetzt muss der Aquazoo erneut für mindestens 770.000 Euro teilsaniert werden. Bekannt sind die Mängel schon länger.

Düsseldorf. Das Aquazoo Löbbecke Museum ist eine Kombination aus Naturkundemuseum und Zoo, vorwiegend für im Wasser lebende Tiere wie Haie, Krokodile und Otter. 2013 sollte das Gebäude, das damals 25 Jahre alt war, wegen optischer und technischer Mängel saniert und so konkurrenzfähig gemacht werden. Aus geplanten 13 Mio. Euro Kosten wurden dann 21 Mio. Euro, und statt im Jahr 2015 eröffnete das Haus erst im Herbst 2017 wieder seine Pforten. Nur 6 Jahre später ist der Aquazoo wieder ein Sanierungsfall: Wegen eines umfangreichen Wasserschadens im Obergeschoss des Instituts müssen der Bodenbelag im Tierpflegebereich des Terrariums sowie Teile des Parketts in der Ausstellung erneuert werden. Bei den Sanierungsarbeiten bis 2017 war nämlich ein falscher Mörtel verwendet worden, der den täglich erforderlichen Reinigungsarbeiten mit Wasser nicht standhielt. Außerdem sei das Gefälle zu den Wasserabläufen zu gering, so die Stadt Düsseldorf. Diese Mängel seien auch schon kurz nach Abschluss der Sanierungsarbeiten bekannt gewesen. Aus einer Ratsvorlage von Juni 2023 geht hervor, dass zugunsten eines ungestörten Bauablaufs daraufhin verwaltungsintern entschieden worden sei, sich mit dem Auftragnehmer auf eine Verlängerung der Gewährleistung auf 10 Jahre zu einigen. Pech für die Steuerzahler – die ausführende Firma existiert nicht mehr. Daher kann sie sowohl für die Beseitigung der Mängel als auch zum Schadenersatz nicht herangezogen werden. Auch die Architekten können nicht haftbar gemacht werden, da ihnen kein klarer Planungsfehler nachgewiesen werden konnte. Die nun notwendige Sanierung umfasst die Erneuerung des gesamten Bodenbelags im Tierpflegebereich des Terrariums sowie die Reparatur des beschädigten Parketts. Zahlreiche Terrarientiere müssen während der Sanierungsarbeiten in Spezial-Containern, Gifttiere gar in anderen Zoos untergebracht werden. Die vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf rund 770.000 Euro.

DER BUND DER STEUERZAHLER MEINT

Es ist schwer zu vermitteln, warum der Aquazoo nur 6 Jahre nach Eröffnung wieder ein Sanierungsfall ist – zumal die Stadt die Mängel offensichtlich schon vorher kannte. Jetzt haftet niemand mehr dafür. Wieder einmal muss der Steuerzahler mit viel Geld in die Bresche springen.

Bitte nicht auf dem Rücken der Steuerzahler! (Online only, www.schwarzbuch.de)

Mehrere Jahre wurden Essen und Düsseldorf als Standorte für ein deutsches Fotoinstitut gehandelt. Dann entschied sich der Bund für Düsseldorf, obwohl sich ein Gutachten und eine Machbarkeitsstudie für Essen ausgesprochen hatten. Ein Rechtsgutachten hält das Vorgehen des Bundes zudem für bedenklich. Der Bund der Steuerzahler fürchtet nun, dass der Standortstreit auf Kosten der Steuerzahler geht.

Düsseldorf/Eszen. Ein deutsches Fotoinstitut soll die Vor- und Nachlässe bedeutender deutscher Fotografen sammeln und die Forschung zur Restaurierung und Konservierung vorantreiben. Das Kriterium der Gutachter für einen optimalen Standort des Fotoinstituts war, dass Einrichtungen und Sachkompetenz an einem Ort konzentriert vorhanden sein sollten. Deshalb empfahlen die Fachleute Essen, das u. a. mit dem historischen Archiv Krupp und dem Museum Folkwang viel Sachkompetenz vorweisen kann. Eine Machbarkeitsstudie, die die möglichen Standorte Ehrenhof in Düsseldorf und Zollverein in Essen untersuchte, bestätigte Essens Standortvorteile erneut. Dennoch veranschlagte der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags im November 2019 Ausgaben in Höhe von bis zu 42,9 Mio. Euro und zwar für ein Fotoinstitut in Düsseldorf. Weitere 42,9 Mio. Euro sollte das Land Nordrhein-Westfalen finanzieren. Warum der Bund die Expertenmeinungen, für die er selbst immerhin fast 200.000 Euro ausgegeben hatte, ignorierte und Düsseldorf den Vorzug gab, blieb trotz umfangreicher BdSt-Recherchen im Dunkeln. Die Stadt Essen jedenfalls nahm die nicht weiter begründete Entscheidung für Düsseldorf nicht hin und ließ ihrerseits ein juristisches Gutachten – für rund 27.500 Euro – anfertigen. In dem Gutachten eines Staatsrechtlers wurden erhebliche juristische Bedenken formuliert, unter anderem sei mit dem Willkürverbot nicht zu vereinbaren, dass der Bund Experten zur Bewertung der Standortfrage mit einem Gutachten und einer Machbarkeitsstudie beauftragt hatte. „Obwohl ihre Ergebnisse noch nicht vorlagen, hat sich der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags schon im November 2019 auf Düsseldorf festgelegt. Beide Studien hatten klar und ohne Vorbehalt Essen als vorzugswürdigen Standort ermittelt. Weder im Plenum noch in den zuständigen Fachausschüssen fand eine Diskussion der Standortfrage statt“, stellt der Jurist in seinem Gutachten fest. Mit dieser juristischen Einschätzung wandte sich der Oberbürgermeister der Stadt Essen an die Bundestagspräsidentin. Ihre Antwort war ernüchternd: Rechtliche Fragen könnten nicht durch sie, sondern ausschließlich von der unabhängigen Justiz geklärt werden. Zudem sei es Aufgabe des Parlaments, über den Einsatz staatlicher Mittel zu entscheiden. Auf weitere langwierige und vermutlich wenig erfolgreiche rechtliche Schritte will die Stadt Essen nun verzichten. Im September 2023 wurde eine Gründungskommission für das Deutsche Fotoinstitut der Öffentlichkeit vorgestellt. Ihre Arbeit wird sein, die konkreten Aufgaben des Instituts zu formulieren. Erst danach werde es eine verlässliche Kostenschätzung für das Gebäude geben und auch die Frage der Betriebskosten hänge von der konkreten und rechtlichen Ausgestaltung des Instituts ab. Auch wer die Mehrkosten trägt, sollten die knapp 86 Mio. nicht ausreichen, würde derzeit nicht diskutiert, so das Kulturministerium NRW. Die Stadt Essen hat aktuell 500.000 Euro zur Stärkung der Fotostadt Essen in den Haushalt eingestellt. Für sie ist die Standortfrage noch nicht abschließend geklärt. Düsseldorf wiederum hat Mitte Juni 2023 beschlossen, im laufenden Jahr dem „Verein zur Gründung und Förderung eines Deutschen Fotoinstituts“, der sich maßgeblich für das Fotoinstitut in Düsseldorf engagiert, überplanmäßig bis zu 76.000 Euro zur Verfügung zu stellen. So soll die Kontinuität der Zusammenarbeit gesichert werden.

DER BUND DER STEUERZAHLER FORDERT

mehr Transparenz und Kostenklarheit bei diesem Millionenprojekt, um nicht den Verdacht einer Hinterzimmerpolitik entstehen zu lassen! Zudem sieht es stark danach aus, dass der Streit über den Standort auf dem Rücken der Steuerzahler ausgetragen wird. Zusätzliche Kosten sind bereits entstanden.

Geseke baut Brücke ein zweites Mal (Teure Fehler, S. 138)

Nahe der Kleinstadt Geseke im Kreis Soest plätschert zwischen Feldern der Bach Osterschledde, der zu einem Flora-Fauna-Habitat gehört und damit einen hohen Schutzstatus genießt. Mehrere Planungsfehler führten nun dazu, dass eine Brücke über den Bach ein zweites Mal gebaut werden muss. **Geseke.** 2021 baute die Stadt Geseke eine neue Brücke über die Osterschledde. Die alte Natursteinbrücke war mit den Jahren baufällig geworden. Die Baukosten für die neue Brücke beliefen sich 2021 auf insgesamt 100.000 Euro, 70.000 Euro kostete das neue Brückenbauwerk und weitere 30.000 Euro entfielen auf die Angleichung und Sanierung der angrenzenden Straßen. Da die Brücke an der Stadtgrenze zur Stadt Salzkotten liegt, beteiligte sich diese Kommune mit rund 10.000 Euro. Doch die neue Brücke entpuppte sich als Fehlkonstruktion. Das Durchlassprofil der Brücke – das Rohr, durch das die Osterschledde fließt – war zu hoch eingebaut worden. Damit entstand unter der Brücke am Wassergrund eine Stufe, die für kleine Fische und Kleinstlebewesen wie Insektenlarven, Würmer und Schnecken unüberwindbar war. Die Durchgängigkeit der Osterschledde hatte sich also deutlich verschlechtert, was nach Vorschrift des europäischen Wasserrechts nicht zulässig ist. Zudem ist gesetzlich vorgeschrieben, dass mindestens 20 cm natürliches Substrat auf den Boden des Brückenprofils aufgebracht werden muss, damit Fische und Kleinstlebewesen dort eine natürliche Umgebung

vorfunden und sich fortbewegen können. Darauf wies ein sachkundiger Bürger im Rat der Stadt Geseke hin, der als Wasserbauingenieur spezialisiert ist auf Gewässerrenaturierung. Doch auch das funktioniert nach dem Brückenneubau nicht, denn die aufgebrachte Bachsohle wurde vom Boden des Brückenprofils fortgespült. Die Stadt Geseke rechtfertigte sich: Die schwierigen Boden- und Wasserhältnisse seien der Grund gewesen, das Durchlassprofil höher einzubauen als geplant. Doch offensichtlich hatte die Stadt die Bodenverhältnisse vorher nicht geprüft. Zudem war es notwendig gewesen, für den Brückenneubau eine Genehmigung beim Kreis Soest einzuholen. Auch das hatte Geseke versäumt: Das zuständige Sachgebiet Wasserwirtschaft habe erst durch eine Presseanfrage von dem Neubau der Brücke erfahren, so der Kreis Soest. Nachdem klar geworden war, dass die Brücke so nicht bleiben konnte, prüfte ein Fachbüro im Auftrag der Stadt, ob die ökologischen Vorgaben durch einfache Maßnahmen – ohne einen Ausbau des Profils – erreicht werden könnten. Für diese Prüfung entstanden zusätzliche Kosten in Höhe von 6.300 Euro. Die Entscheidung sei aber letztlich zugunsten der vollständigen Erneuerung des Brückenbauwerks gefallen, so die Stadt. Das Durchlassprofil der fehlerhaften Brücke kann jedoch nochmals verwendet werden. Rund 50.000 Euro werden für den nochmaligen Brückenneubau fällig, wobei das tatsächliche Ausschreibungsergebnis abzuwarten bleibt. Auch die Straßenbefestigung muss wiederhergestellt werden. Die Stadt Geseke trägt die Kosten der Maßnahme, hat den Schaden aber der städtischen Eigenschadenversicherung angezeigt. Immerhin: Als Konsequenzen aus dieser Angelegenheit will die Stadt künftig ihre Planungs- und Bauprozesse optimieren.

DER BUND DER STEUERZAHLER KRITISIERT

Ökologische Vorgaben missachtet, Bodenverhältnisse nicht geprüft, Genehmigungen nicht eingeholt: In Geseke mangelt es beim Umgang mit Steuergeld an Sorgfalt.

Zu früh für den Schlussapplaus (Nachlese, S. 160)

Vorhang auf für den nächsten Akt: Die Kosten für die Sanierung der Kölner Oper steigen auf knapp 665 Mio. Euro. Risiken kommen extra hinzu.

Köln. Es dürfte die längste, langweiligste und ärgerlichste Inszenierung sein, die die Kölner Oper je gesehen hat: Die Geschichte ihrer Sanierung und der damit zusammenhängenden Kostensteigerungen umfasst im Wesentlichen vier Akte, der fünfte kommt jetzt auf die Bühne.

Akt 1: März 2016, Beschluss zur Neuausrichtung der Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz für 347,8 Mio. Euro.

Akt 2: November 2016, Kostensteigerung auf 404 Mio. Euro

Akt 3: September 2019, Kostensteigerung auf 554 Mio. Euro.

Akt 4: September 2021, Kostensteigerung auf 642,7 Mio. Euro. Spätestens hier könnte selbst das kulturbeflissenste Publikum Buhrufe in Erwägung ziehen. Der 4. Akt zieht sich bis zur Ankündigung, Ende 2022 eine neue Kostenprognose zu erstellen.

Akt 5: April 2023, Überprüfung aller Teilbudgets in enger Abstimmung mit den Objektüberwachungen und zum Teil mit den beauftragten Firmen. Der wenig überraschende Knaller: Der nun ermittelte Kostenbedarf liegt bei knapp 665 Mio. Euro. Die Risiken werden auf 7,3 Mio. Euro beziffert. Treten die Risiken tatsächlich ein, liegen die Baukosten bei gut 672 Mio. Euro. Und rechnet man die Bauzeitzinsen und die Kosten der Machbarkeitsstudie von 2010 hinzu, ist man bei Kosten von mehr als 714 Mio. Euro.

Der finale Akt soll die Schlüsselübergabe am 22.3.2024 sein: „Nach dann 12 Jahren Interimsspielbetrieb wird die Spielzeit 2024/2025 inhaltlich mehr einen Neustart am Offenbachplatz – und weniger eine Wiedereröffnung – darstellen“, so die Beschlussvorlage 1056/2023 der Stadt Köln, die die neuen Kosten aufführt. Mit dem Schlussapplaus warten wir also noch ein bisschen.

DER BUND DER STEUERZAHLER MEINT

Es ist ein Trauerspiel, bei dem die Steuerzahler gar nicht mehr hingucken wollen. Dabei sollten eine verlässliche, sorgfältige Planung und ein lückenloses Controlling eine Selbstverständlichkeit sein.

Sanierungsdesaster geht weiter (Nachlese, S. 166)

Die Sanierung der Zentralbibliothek in Köln wird wieder einmal teurer – in der Presse ist von knapp 140 Mio. Euro die Rede. Die Stadt aber schweigt sich über die voraussichtlichen Kosten aus.

Köln. Noch ist der letzte Stein nicht gemeißelt – mit diesen Worten endete der Bericht über neue Kostensteigerungen bei der Sanierung der Zentralbibliothek in Köln auf schwarzbuch.de, als das Schwarzbuch 2022/23 vorgestellt wurde. Das aktuelle Schwarzbuch schließt nahtlos daran an: Am 16.5.2023 hat der Rat der Stadt Köln die Übernahme weiterer Kosten für die Generalsanierung beschlossen. Wie hoch die voraussichtlichen Kosten sein werden, verrät die Stadt indes nicht, um ihre Position „bei Verhandlungen mit einem Generalunternehmen nicht zu schwächen“, wie es zur Begründung hieß. Die Lokalpresse meldete im April 2023 knapp 140 Mio. Euro. Zur Erinnerung: Mit 15,8 Mio. Euro war die Stadt Köln in die Planungen zur Sanierung der Zentralbibliothek eingestiegen. Im

Laufe der Jahre stiegen die Kosten auf zunächst 31,4 Mio. Euro, dann auf 59,4 Mio. Euro, im vergangenen Jahr auf rund 81 Mio. Euro. Und jetzt könnten es knapp 140 Mio. Euro werden. Zwischendurch gab es Diskussionen um einen möglichen Abriss des Gebäudes, dann wurde seine statische Sicherheit infrage gestellt. Hier hat die Stadt allerdings Entwarnung gegeben. Mit seinem Beschluss vom Mai bestätigte der Rat, dass er sowohl am Standort als auch an der Sanierung festhalten wird. Die Steuerzahler dürfen gespannt sein, für welche Summe sie am Ende des Tages geradestehen müssen.

DER BUND DER STEUERZAHLER KRITISIERT

Unausgeglichene Planung, neue Wünsche, ein Hin und Her: Wer so mit Steuergeld arbeitet, kann keinen Kostenrahmen einhalten.

Seit 24 Jahren ein Ärgernis (Nachlese, S. 173)

Der Heinrich-Böll-Platz ist für die Steuerzahler weiterhin ein Ärgernis: Seit 24 Jahren zahlen sie die Folgekosten für ein offensichtlich fehlerhaft geplantes Bauprojekt. Allein für die Bewachung des Platzes gab die Stadt Köln in den vergangenen 7 Jahren gut 1,5 Mio. Euro aus.

Köln. Bestimmte Bereiche des Heinrich-Böll-Platzes nahe dem Kölner Dom und dem Hauptbahnhof müssen bis zu drei Mal am Tag gesperrt werden – also rund 1.000 Mal pro Jahr –, weil sich die Philharmonie unter dem Platz befindet. Wegen der mangelnden Trittschallisolierung machen sich nämlich Rollkoffer, klackernde Absätze oder Skateboards unten im Konzertsaal enorm bemerkbar. Deshalb sorgen während jeder Probe und jedem Konzert mehrere Wachposten dafür, dass das sensible Areal nicht betreten oder befahren wird. Seit 1999 geht das schon so. Der Bund der Steuerzahler hatte 2009 erstmals im Schwarzbuch darüber berichtet. Alle Bemühungen, durch bauliche Maßnahmen einen ausreichenden Schallschutz und die Befahrbarkeit der Fläche durch Rettungsfahrzeuge sicherzustellen, sind bisher gescheitert. Ein weiteres Problem: Der Heinrich-Böll-Platz ist Teil eines Kunstwerks, und eine Zustimmung zu Änderungen in der Gestaltung wurde bislang vom Künstler und auch seinen Erben verweigert. Dauerhafte Absperrgitter und Seilsicherungen kommen daher nicht in Frage. Es sei daher weiterhin erforderlich, durch geeignete Bewachungsmaßnahmen die uneingeschränkte Nutzung der Philharmonie zu gewährleisten. Eine Lösung sei erst dann in Sicht, wenn die Generalsanierung der Philharmonie anstehe, so die Stadt Köln. Wann die sein wird, ist jedoch unklar. Zuletzt hatte der Bund der Steuerzahler NRW im Schwarzbuch 2015 das kostenintensive Bewachen kritisiert. Damals hatten wir berichtet, dass die skurrile Aktion die Stadt rund 100.000 Euro pro Jahr kostet. Jetzt zeigen neue Zahlen zu den Bewachungskosten der vergangenen 6 Jahre, dass diese kräftig gestiegen sind! Zwischen 2017 und 2022 lagen die Bewachungskosten zwischen rund 204.000 Euro und rund 271.000 Euro jährlich, nur im Jahr 2020 verringerten sich die Kosten pandemiebedingt auf rund 147.000 Euro. Im Jahr 2023 sieht das schon wieder ganz anders aus: Bis zum 31.5. hatte die Stadt bereits rund 139.000 Euro für die Bewachung ausgegeben. Ein kleiner Trost: Die Wachleute stammen aus einem Qualifizierungsprogramm für arbeitslose Kölner Bürger und werden tarifgerecht bezahlt.

DER BUND DER STEUERZAHLER MEINT

Die Bauposse am Heinrich-Böll-Platz ist weiterhin ein Ärgernis, weil eine Lösung nicht in Sicht ist. Es darf nicht sein, dass Bauprojekte fehlerhaft geplant und umgesetzt werden und die Folgekosten den Bürgern überlassen bleiben.

In Monheim spielt Geld keine Rolle (Kostenexplosion, S. 104)

Zwischen Köln und Düsseldorf liegt die Stadt Monheim am Rhein mit 46.000 Einwohnern. Wie eine Metropole setzt sie gern hohe Maßstäbe an und baut für sage und schreibe 4.800 Besucher eine Veranstaltungshalle. Die Kosten stiegen auf mittlerweile 126,5 Mio. Euro. Der Verzicht auf andere Projekte kommt aber nicht infrage.

Monheim am Rhein. Schon lange bestand in der 46.000-Einwohner-Stadt Monheim am Rhein der Wunsch nach einer größeren Veranstaltungshalle. 2016 wurde es konkreter: Der Rat beauftragte die Verwaltung, den Bau der Veranstaltungshalle in einer alten Fassabfüllhalle einzuleiten. In der Ratsvorlage schätzte die Verwaltung die Kosten auf 28 Mio. Euro, ohne Gebäudeerwerb und Erbbauzins. Für Stellplätze setzte die Stadt je nach Variante Investitionskosten zwischen 1 und 3 Mio. Euro an. Anfang 2020 sollte die Halle in Betrieb gehen. Im März 2018 beschloss der Rat dann die Gründung der „Monheimer Kulturwerke GmbH“, um als Veranstalter, Vermieter und Betreiber zu agieren. Die GmbH soll zum einen für die als „Kulturraffinerie K714“ benannte Halle und zum anderen für andere bisherige Veranstaltungsorte tätig werden. In der „Kulturraffinerie K714“ sollen nicht nur Karnevalisten eine neue Heimat finden, auch Tagungen und Veranstaltungen sollen etabliert werden. Mit der Stellplatzfrage ist man ebenfalls weitergekommen: Die Stadt will ein Parkhaus bauen, in dem auch anliegende Büronutzer parken dürfen. Im März 2020 ging die Halle aber nicht wie erwartet in Betrieb, stattdessen wurde ein Entwurfskonzept verabschiedet, das eine Investitionssumme in Höhe von nun 74 Mio. Euro vorsah. Ende 2023 könnte die Kulturraffinerie fertiggestellt werden, Anfang 2024 in den Probetrieb

gehen. Rockkonzerte bis 3.800 Personen sollten möglich werden, auf der Homepage der Monheimer Kulturwerke ist von einer Kapazität für bis zu sage und schreibe 4.800 Besucher die Rede. Klar, dass zusätzlich neue Verkehrsmaßnahmen benötigt werden. Im März 2023 musste der Rat neuen Millionen zustimmen. Der Bau sollte nunmehr 126,5 Mio. Euro kosten. Auch war plötzlich die Rede davon, dass 2020 ein Planungsbudget in Höhe von 93 Mio. Euro netto beschlossen worden sei. Tatsächlich finden sich in der Vorlage von damals aber nur die erwähnten 74 Mio. Euro – zudem ist dort von möglichen, nicht in allen Fällen bezifferten Risiken die Rede, die sich nach BdSt-Auffassung jedoch nicht auf 93 Mio. Euro summieren. Nachdem erst im Juni 2023 der Grundstein gelegt wurde, geht die Stadt jetzt von einer Fertigstellung im Herbst 2024 aus, im Januar 2025 soll die Prunksitzung als große Premieren-Veranstaltung in der „Kulturraffinerie K714“ gefeiert werden. Die Karnevalisten der Stadt können sich freuen, schließlich begründet Bürgermeister Daniel Zimmermann die Notwendigkeit der neuen Halle gern mit den „tollen Tagen“. Ratsmitglieder der Opposition regten an, dass die Stadt aufgrund der Mehrkosten auf eine sündhaft teure Marina verzichten sollte, die ebenfalls schon im Schwarzbuch vorkam. Das lehnte der Bürgermeister aber kategorisch ab: „Ich sehe keine Notwendigkeit, irgendetwas anderes zurückzustellen.“ Die Monheimer Ratsmehrheit mit ihrem Bürgermeister scheint also keine Grenzen zu kennen. Der vernünftige Vorschlag, auch einmal auf etwas zu verzichten, erscheint in Monheim offenbar absurd.

DER BUND DER STEUERZAHLER KRITISIERT

Die erste Kostenschätzung wird um knapp 100 Mio. Euro übertroffen. Die 46.000 Einwohner bekommen eine Veranstaltungshalle, die einer Metropole gerecht werden würde. Es ist jedoch fraglich, ob Monheim den benachbarten Städten Köln und Düsseldorf die Besucher abspenstig machen kann.

Vornehm geht der Haushalt zugrunde (Teure Öffentlichkeitsarbeit und Imagepflege, S. 36)

„Für 400.000 Euro unbequeme Bänke ohne Rückenlehnen, die marode, alt, verschmutzt und verwahrlost erscheinen“ – so oder ähnlich schimpfen Bürgerinnen und Bürger über die goldfarbenen Bänke in der Wuppertaler Innenstadt. Zu Recht, denn bei den Kosten hat die Stadt jegliches Maß verloren.

Wuppertal. Die Stadt Wuppertal will den Von-der-Heydt-Platz in der Elberfelder Innenstadt und die angrenzende Fußgängerzone Herzogstraße aufwerten und verschönern. Positiv ist, dass der Bereich barrierefrei gestaltet und mit einem taktilen Leitsystem ausgestattet wurde, damit ihn alle Menschen problemlos nutzen können. Zudem hat die Stadt Bäume gepflanzt und leistungsfähigere Entwässerungssysteme eingebaut. Doch was der Rat dann zur „Förderung des städtischen Lebens“ beschlossen hat, erzürnt viele Wuppertaler Steuerzahler: Mitte Oktober 2022 wurden nämlich 5 Bänke – goldfarbene Sonderanfertigungen – in der Herzogstraße aufgestellt, im Februar 2023 kamen weitere 5 – als Sitzlandschaft arrangiert – auf dem Von-der-Heydt-Platz hinzu. Warum die Bänke in dieser Farbe sein mussten, erklärte die Stadt so: „Mit der goldfarbenen Beschichtung des Bank-Rahmens spannt der Entwurfsverfasser den Bogen zu den goldenen Rahmen der Gemälde im naheliegenden Von-der-Heydt-Museum, indem Teile der Kunstsammlung des Namensgebers des Platzes und des Museums ausgestellt sind.“ Weil jede dieser geschwungenen goldfarbenen Bänke eine eigene Form und Größe hat, kann der Einzelpreis nicht genau beziffert werden. Die geraden goldfarbenen Bänke in der Herzogstraße kosten pro Stück 22.000 Euro. Alle 10 Bänke zusammen haben – Luft holen – 400.000 Euro gekostet. Immerhin leuchten die Bänke nachts. Wieder ausatmen! Weitere Bänke würden nicht aufgestellt, teilte die Stadt mit. In Leserbriefen fragten Bürgerinnen und Bürger in der lokalen Presse: „Wer plant sowas? Ältere Leute ohne Nachkommen?“ Die Wuppertaler bemängelten außerdem fehlende Rückenlehnen bei den Bänken und erste sichtbare Verwitterungsspuren schon nach 3 Monaten. Bund und Land haben die Bänke mit insgesamt 80 Prozent gefördert. Dabei hatte das Land im November 2022 eine finanzielle Notlage ausgerufen, um die Schuldenbremse zu umgehen und mehr Schulden machen zu können.

DER BUND DER STEUERZAHLER MEINT

Bei den Kosten für ihre neuen Bänke hat die Stadt jedes Maß verloren. Verständlich, dass das für Empörung sorgt – erst recht in Zeiten, in denen viele Menschen jeden Cent dreimal umdrehen müssen und Wuppertal einen Schuldenberg von 1,6 Mrd. Euro vor sich herschiebt.

Parkhaus wartet fast 2 Jahre lang auf Autos (Teure Fehler, S. 143)

In Wuppertal wurde ein Parkhaus für 4,1 Mio. Euro saniert. Da sich die Stadt nicht rechtzeitig um einen Betreiber gekümmert hat, standen die Autos fast 2 Jahre vor einem verschlossenen Tor. Bedeutet auch: Der Stadt fehlen die Einnahmen.

Wuppertal. Das Parkhaus Kasinogarten in Wuppertal musste 2017 aus Sanierungsgründen schließen. Die Arbeiten dauerten rund 4 Jahre und waren erst im Sommer 2021 abgeschlossen. Dafür war das Parkhaus dann auf dem neuesten Stand. Die Kosten der Sanierung beliefen sich auf rund 4,1 Mio. Euro. Anschließend stand das Parkhaus aber weiterhin leer. Erst mehr als ein Jahr nach der

Fertigstellung schrieb die Stadt einen Pachtvertrag aus, es war bereits Oktober 2022. Weitere 5 Monate vergingen, bis im März 2023 ein Betreiber den Pachtvertrag unterschrieb und das Parkhaus übernahm. Insgesamt vergingen fast 2 Jahre von der Fertigstellung der Sanierung bis zur Wiedereröffnung des Parkhauses. Aus Sicht des BdSt NRW hätte die Stadt bereits während der Sanierung einen Betreiber suchen müssen und ein Konzept für das sogenannte Quartiersparken erstellen können. Denn im Vertrag hat sich die Stadt die Option für das Quartiersparken offengehalten. In enger Abstimmung mit der Bezirksvertretung wollte die Stadt dafür ein Konzept erarbeiten, das es zum Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung aber immer noch nicht gab. Die konkrete Ausgestaltung sei auch noch durch Politik, Verwaltung und Betreiber abzustimmen. Vereinbart wurde ein Preis in Höhe von 95,20 Euro brutto pro Fahrzeug und Monat, den die Stadt für einen Quartiersparkplatz bezahlen muss. Sind alle belegt, müsste die Stadt 114.240 Euro im Jahr zahlen. Der Betreiber bezahlt hingegen eine Umsatzpacht, und damit ist diese Variante für die Stadt eine Wirtschaftlichkeitsrechnung mit Fragezeichen. Es bleibt abzuwarten, ob sie mit diesem Parkhaus-Deal rote oder schwarze Zahlen schreibt. Die vertraglichen Regelungen unterliegen „der Nichtöffentlichkeit“. Der Stadtrat war offensichtlich weder über alle Modalitäten informiert noch hat er ihnen zugestimmt, denn das Presseamt teilte mit: „Das Verfahren zum Vertragsabschluss ist laufendes Geschäft der Verwaltung, eine Beteiligung des Rates daher nicht erforderlich.“ Etwa aus Sorge, dass dieser nicht zugestimmt hätte?

DER BUND DER STEUERZAHLER KRITISIERT

Die Stadt hat ein fertig renoviertes Parkhaus beinahe 2 Jahre leer stehen lassen, weil sie sich nicht rechtzeitig um einen Betreiber gekümmert hat. Zu Buche stehen 4,1 Mio. Euro Sanierungskosten, die fast 2 Jahre lang keinen Nutzen brachten. Zusätzlich fehlen der Stadt die Pachteinnahmen.